

Ressort: Politik

Baden-Württemberg lehnt Lockerung der Schuldenbremse ab

Berlin, 12.09.2014, 12:28 Uhr

GDN - Baden-Württembergs Finanzminister Nils Schmid (SPD) hat eine mögliche Lockerung der Schuldenbremse abgelehnt. "Die Länder brauchen verlässliche Einnahmen, um Zukunftsthemen wie Bildung und Infrastruktur anzupacken und keine neuen Schulden", sagte Schmid dem "Handelsblatt" (Freitagmittagausgabe der Digitalzeitung).

Damit wies er einen Vorstoß von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zurück, der offenbar den Ländern unter Auflagen auch nach dem Jahr 2020 neue Schulden erlauben will. Einen entsprechenden Vorschlag hatte der Bundesminister nach Informationen der "Süddeutschen Zeitung" (Freitagausgabe) in den Verhandlungen über eine Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen den Ländern vorgelegt. "Wenn Schäuble jetzt scheinbar die Schuldenbremse aufweichen will, bevor sie überhaupt in Kraft ist, führt er alle Sparbemühungen in den Ländern ad absurdum", sagte Schmid. Laut Verfassung dürfen die Länder von 2020 an keine neuen Schulden mehr machen. Für den Bund gilt die Schuldenbremse schon ab 2016. Er darf aber weiterhin Schulden in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufnehmen. Einen Teil des Spielraums möchte Schäuble offenbar an die Länder abtreten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-40862/baden-wuerttemberg-lehnt-lockerung-der-schuldenbremse-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619